Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 15 / 7709**

15. Wahlperiode

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Oktober 2015 – Drucksache 15/7616

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Oktober 2015 – Drucksache 15/7616 – Kenntnis zu nehmen.

19. 11. 2015

Der Berichterstatter:	Der Vorsitzende:
Josef Frey	Thomas Funk

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet die Mitteilung Drucksache 15/7616 federführend in seiner 38. Sitzung am 19. November 2015. Vorberatend hatten sich der Innenausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft und der Ausschuss für Integration mit dieser Mitteilung befasst.

Da der Ausschuss öffentlich tagte, wurden die Namen der Rednerinnen und Redner im nachfolgenden Bericht nicht anonymisiert.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU äußerte, in dem vorliegenden Bericht über aktuelle europapolitische Themen seien die relevanten Punkte sehr gut aufbereitet.

Abg. Josef Frey GRÜNE brachte zum Ausdruck, im Rahmen der französischen Gebietsreform würden die Regionen Elsass, Champagne-Ardenne und Lothringen zu einer Großregion zusammengeschlossen. Er bitte den Minister um Auskunft, inwiefern dies Veränderungen auf baden-württembergischer Seite erfordere.

Ausgegeben: 29. 01. 2016

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Minister Peter Friedrich erklärte, die neue Region Alsace-Champagne-Ardenne-Lorraine (ACAL) werde zum 1. Januar 2016 gegründet. Damit liege künftig nur noch eine französische Region an der Grenze zu Deutschland. Welche Kompetenzen den neuen Regionen übertragen würden, stehe noch nicht abschließend fest. Somit seien mögliche unmittelbare Konsequenzen für die deutsch-französische grenzüberschreitende Zusammenarbeit – Eurodistrikte, Oberrheinrat, Oberrheinkonferenz und die trinationale Metropolregion – noch nicht abzusehen.

Allerdings müssten sich die Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland, die an Frankreich grenzten, bezogen auf die deutsch-französische grenzüberschreitende Zusammenarbeit künftig noch besser untereinander abstimmen. Auch könne es bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu einer Verschiebung der Gewichte kommen. Unter Umständen müsse die Oberrheinkonferenz in gewisser Weise politisch aufgewertet werden, damit das Dreiländereck in der Gesamtregion wahrgenommen werde.

Regierungssitz der Großregion ACAL werde Straßburg sein. Ob dort alle Kompetenzen gebündelt würden, sei ebenfalls noch unklar.

An sich biete die Einrichtung einer französischen Großregion an der Grenze zu Deutschland eine Chance. Beispielsweise erleichtere dies die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Denn Frankreich werde durch diese Reform nicht unbedingt eine dezentralere Struktur erhalten.

Abg. Beate Böhlen GRÜNE teilte mit, ein Augenmerk sollte auch auf den Eurodistrikt PAMINA gelegt werden. Dieser Verband sollte breiter aufgestellt werden. Zusätzlich sei die Sitzverteilung zu überdenken.

Sodann empfahl der Ausschuss dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 15/7616 Kenntnis zu nehmen.

09. 12. 2015

Josef Frey

Empfehlung und Bericht

des Innenausschusses
an den Ausschuss für Europa und Internationales

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Oktober 2015
– Drucksache 15/7616

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Oktober 2015 – Drucksache 15/7616 – Kenntnis zu nehmen.

11. 11. 2015

Der Berichterstatter:	Der Vorsitzende:
Alexander Throm	Walter Heiler

Bericht

Der Innenausschuss beriet die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/7616, in seiner 33. Sitzung am 11. November 2015 vorberatend für den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales.

Der Innenminister legte dar, die Federführung für den vorliegenden Bericht über aktuelle europapolitische Themen habe beim Staatsministerium gelegen. In den Zuständigkeitsbereich von Innenministerium und Innenausschuss fielen neben den Ausführungen zum TTIP-Beirat der Landesregierung im Wesentlichen nur die Darlegungen zur EU-Flüchtlingspolitik.

Die Ergebnisse der immer wieder stattfindenden Krisengipfel u. a. mit dem Ziel einer Umverteilung von Flüchtlingen seien nicht zufriedenstellend, weil sie nicht von allen EU-Mitgliedsstaaten mitgetragen würden. Er erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass beispielsweise Tschechien mit rund 10,5 Millionen Einwohnern und damit etwa so vielen Einwohnern wie Baden-Württemberg die Auffassung vertrete, dass die Aufnahme von 1 500 Flüchtlingen pro Jahr nicht verkraftbar sein solle. Dies zeige, wie schwierig es für Bundesregierung, Innenminister und die Bundeskanzlerin sei, die erforderlichen innereuropäischen und außenpolitischen Maßnahmen zu initiieren und umzusetzen.

Es sei erfreulich, dass gleichwohl Vereinbarungen getroffen worden seien, von denen er sich positive Effekte erhoffe, wenngleich Zweifel angebracht seien, ob sie ausreichten. Er denke dabei an das Vorhaben, intensiver als in der Vergangenheit daran arbeiten zu wollen, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Beispielsweise hätten die EU-Mitgliedsstaaten beschlossen, dem UN-Welternährungsprogramm und dem UNHCR 1 Milliarde € zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Ferner solle daran gearbeitet werden, die EU-Außengrenzen besser als in der Vergangenheit zu sichern. In diesem Zusammenhang sei beabsichtigt, zusätzliche Gelder für Frontex und Europol bereitzustellen, was er als sehr positiv ansehe.

In Bezug auf eine solidarische und faire Verteilung von Flüchtlingen sei die EU vom angestrebten Ziel noch weit entfernt. Deshalb müssten weitere Diskussionen mit entsprechenden Ergebnissen folgen. Er baue darauf, dass die nach wie vor anhaltende Dramatik dazu führe, dass sich alle Staaten Europas dessen bewusst würden, dass die EU auch eine Verantwortungsgemeinschaft darstelle, und bereit seien, einen angemessenen Beitrag zu leisten.

Der Ausschuss verabschiedete ohne förmliche Abstimmung die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen.

12. 11. 2015

Alexander Throm

Empfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
an den Ausschuss für Europa und Internationales

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Oktober 2015
– Drucksache 15/7616

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Oktober 2015 – Drucksache 15/7616 – Kenntnis zu nehmen.

12. 11. 2015

Der Berichterstatter:	Der Vorsitzende:
Claus Paal	Karl Klein

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft behandelte die Mitteilung der Landesregierung vom 27. Oktober 2015, Drucksache 15/7616, in seiner 66. Sitzung am 12. November 2015.

Der Ausschuss kam ohne Aussprache und ohne förmliche Abstimmung zu der Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

18. 11. 2015

Claus Paal

Empfehlung und Bericht

des Ausschusses für Integration
an den Ausschuss für Europa und Internationales

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Oktober 2015
– Drucksache 15/7616

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Oktober 2015 – Drucksache 15/7616 – Kenntnis zu nehmen.

18. 11. 2015

Die Berichterstatterin:	Die Vorsitzende:
Friedlinde Gurr-Hirsch	Katrin Schütz

Bericht

Der Ausschuss für Integration beriet die Mitteilung des Landesregierung vom 27. Oktober 2015, Drucksache 15/7616, in seiner 32. Sitzung am 18. November 2015.

Die Ministerin für Integration legte dar, im Berichtszeitraum hätten europapolitisch insbesondere zwei Themen dominiert, nämlich zum einen das dritte Hilfspaket für Griechenland und zum anderen die Flüchtlingskrise. In Griechenland habe sich nach dem Auslaufen des zweiten Hilfspakets im Juni dieses Jahres die finanzielle Lage dramatisch zugespitzt. Nach zähen und mühsamen Verhandlungen sei am 13. Juli 2015 ein Kompromiss gefunden worden, der den Weg für Verhandlungen über ein drittes Hilfspaket geebnet habe. Die Landesregierung unterstütze die Entscheidung, Griechenland mit einem dritten Hilfspaket auszustatten; dies sei ein Ausdruck der Solidarität innerhalb Europas, auch wenn diese Solidarität insbesondere im Flüchtlingsbereich derzeit nicht besonders wahrnehmbar sei.

Was das Thema Flüchtlinge betreffe, so habe die EU-Kommission verschiedene Vorschläge dazu vorgelegt, wie mit dieser Krise umzugehen sei. U. a. sei es um die Verteilung von etwa 120 000 Flüchtlingen gegangen, die über Italien, Griechenland und Ungarn sowie andere Mitgliedsstaaten nach Deutschland gekommen seien. Hier gebe es, wie auch den Medien zu entnehmen sei, immer noch sehr großen Widerstand, vor allem aus Ungarn, Polen, der Slowakei, aber auch aus Tschechien. Bei einem Sondertreffen der Innenminister im September sei der Vorschlag in modifizierter Fassung durch Ratsbeschluss mit qualifizierter Mehrheit gegen die Stimmen von Rumänien, Tschechien, Ungarn und die Slowakei gefasst worden.

Weitere Themen auf EU-Ebene seien die Bekämpfung der Fluchtursachen und eine bessere Sicherung der EU-Außengrenzen. Der regionale Treuhandfonds der EU solle aufgestockt werden, damit Jordanien, der Libanon und die Türkei bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme unterstützt werden könnten. Es gebe Ver-

mutungen, dass gerade im Sommer viele Flüchtlinge sich auf den Weg gemacht hätten, weil dem UNHCR Mittel für Lebensmittel ausgegangen seien. Dies habe höchstwahrscheinlich dazu geführt, dass die Menschen diese Flüchtlingscamps vor Ort verlassen hätten, um nach Europa bzw. nach Deutschland zu gelangen.

In Griechenland und in Italien würden nun Aufnahmezentren für Flüchtlinge, sogenannte Hotspots, eingerichtet, wo die Verfahren zur Aufnahme, Registrierung und Identifizierung stattfinden sollten. Sicherlich könne darüber debattiert werden, ob es sinnvoll sei, diese Hotspots in Europa zu errichten. Sie persönlich hielte es für sinnvoller, sie an den EU-Außengrenzen zu errichten; über das künftige Vorgehen werde die EU noch beraten.

Mit der Türkei habe sich die EU auf einen Aktionsplan zur Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Flüchtlingshilfe geeinigt. Die Türkei habe zugesagt, die Kapazitäten ihrer Küstenwache und die Zusammenarbeit mit Bulgarien und Griechenland zu verbessern. Im Gegenzug dazu habe die EU in Aussicht gestellt, dass der Prozess der Visa-Liberalisierung für türkische Staatsbürger beschleunigt würde und eine Wiederbelebung des Beitrittsprozesses erfolge.

EU-Präsident Juncker habe in seiner Rede zur Lage der Europäischen Union am 9. September 2015 betont, dass jetzt nicht die Zeit für „Business as usual“ sei, und an alle Mitgliedsstaaten appelliert, ihren Pflichten nachzukommen und gegebene Zusagen auch umzusetzen, sodass die Krise gemeinsam gemeistert werden könne. Sie hoffe, dass die Mitgliedsstaaten dieser Aufforderung nachkämen.

Eine Abgeordnete der CDU dankte für den eben gegebenen Rückblick und wies darauf hin, die nun zu beratende Vorlage sei durch die Dynamik der letzten Wochen im Grunde längst überholt. Es sei dringend erforderlich, dass eine gemeinsame Antwort Europas auf die auftretenden Fragen gegeben werde; eine solche Antwort lasse jedoch noch immer auf sich warten. Erwartet werde ein verbindlicher Verteilungsmechanismus; die Diskussion über eine wie auch immer geartete Kontingentlösung sei im Gang.

Auf nationaler Ebene müsse verstärkt über eine Erweiterung der Liste der sicheren Drittstaaten nachgedacht werden. Es sei nicht länger hinnehmbar, dass die Belastungen in erster Linie von Deutschland getragen würden. Eine europäische Registrierung sei nötig, um überhaupt ermessen zu können, welche Personengruppen nach Deutschland kämen. Die momentan zu beobachtenden Ängste zeigten nicht zuletzt auch, welch große Unsicherheiten bezüglich der Frage bestünden, wer eigentlich alles nach Deutschland einreise. Eine Sicherung der EU-Außengrenzen sei ebenfalls unerlässlich. Über die zukünftige Außen- und Sicherheitspolitik in Europa gebe es unterschiedliche Auffassungen; auch Frankreich habe in jüngster Zeit Hilfsbedarf signalisiert und Bezug auf Artikel 5 des NATO-Vertrags genommen.

Die Türkei müsse nun – dies sage sie durchaus selbstkritisch – als wichtiger Partner gesehen und behandelt werden; Zugeständnisse, wie sie nun derzeit gerade von deutscher Seite gegenüber der Türkei gemacht würden, seien unabdingbar. Auch müsse die Entwicklungspolitik konsequent erweitert werden; dies könne jedoch ebenfalls nicht ausschließlich auf Ebene der Nationalstaaten betrieben werden, sondern bedürfe EU-weiter Abstimmungsprozesse.

Zusammenfassend lasse sich feststellen, dass Europa nunmehr noch stärker gefordert sei als in der Vergangenheit. Sie hoffe, dass sich die Politik entsprechend ausrichte.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE gab seiner Überzeugung Ausdruck, es bestehe große Einigkeit, dass die Flüchtlingsfragen in Europa tatsächlich auch nur auf europäischer Ebene zu lösen und zu bewältigen seien und dass es dafür einer Solidarität zwischen den europäischen Partnern bedürfe. Warnen wolle er allerdings vor einer Art Wettlauf insofern, als sich die Staaten gegenseitig in puncto eigener Betroffenheit übertrumpfen wollten. Die jüngsten gesicherten Zahlen zur Zugangssituation erlaubten ein reales Bild der Situation. In Baden-Württemberg seien bereits knapp über 100 000 Flüchtlinge aufgenommen worden; dies entspreche dem rechnerischen Anteil dieses Bundeslands nach dem Königsteiner Schlüssel.

Eine Bedrohung der europäischen Außengrenzen sehe er derzeit nicht; wer diese Grenzen passiert habe, habe dafür jeweils auch eine Erlaubnis erhalten. Allerdings müsse konstatiert werden, dass europäische Vereinbarungen wie das Schengen-Abkommen, das als großer Fortschritt und tatsächlicher Zugewinn gelten könne, nun infrage gestellt würden. Die jüngsten terroristischen Anschläge in Frankreich hätten ein Übriges getan, um den Druck noch zu erhöhen. Was die europäische Perspektive betreffe, so sehe er Europa durchaus an einer Wegscheide.

Ein Abgeordneter der SPD wies auf die Bedeutung der Donauraumstrategie hin und regte an, dass sich der Integrationsausschuss auch mit diesem Thema noch intensiver beschäftige.

Der Ausschuss beschloss ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

25. 01. 2016

Friedlinde Gurr-Hirsch